

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin)
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/7789 –

Aufbau Ost braucht langen Atem

A. Problem

Schaffung einer langfristigen und berechenbaren Förderstrategie in Ostdeutschland, Festschreibung der Förderung des Aufbaus Ost auf derzeitigem Niveau.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/7789 – abzulehnen.

Bonn, den 24. September 1997

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	Sabine Kaspereit
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sabine Kaspereit

I.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde in der 179. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juni 1997 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuß und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 25. Juni 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

III.

Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion ist die wirtschaftliche Förderung des Aufbaus Ost eine langfristige Aufgabe. Der Antrag zielt darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, sich bei ihrer Förderstrategie an folgenden Punkten zu orientieren:

- Herstellung einer parteiübergreifenden Verständigung über eine langfristige und berechenbare Förderstrategie;
- Festschreibung der Aufbau-Ost-Förderung auf dem derzeitigen Niveau für mindestens fünf Jahre;

- vorrangige Förderung des verarbeitenden Gewerbes sowie der produktionsorientierten Dienstleistungen;
- Aufbau von Beteiligungsmärkten und Infobörsen sowie Beseitigung steuerlicher Diskriminierungen der direkten Beteiligung an Unternehmen zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis kleiner und mittlerer Unternehmen,
- Vereinfachung und Zusammenfassung der Programme der betrieblichen Förderung;
- Auflage eines Infrastrukturprogrammes Ost als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern;
- Unterstützung der Revitalisierung der Innenstädte und der Sanierung des Wohnungsbestandes durch Vergabe von Fördergebietsdarlehen sowie verstärktes Engagement des Bundes bei der Städtebauförderung;
- Schaffung von verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarung von Investivlöhnen sowie Einsatz von vorhandenen Elementen der produktiven Arbeitsförderung auch im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung;
- Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn, unter anderem durch langfristige Außenhandels- und Kooperationsförderungen und den Aufbau von Exportstützpunkten für mittelständische Unternehmen.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 24. September 1997 beraten. Er hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/7789 – zu empfehlen.

Bonn, den 24. September 1997

Sabine Kaspereit

Berichterstatlerin

